

Chancen und Herausforderungen

Was der europäische Green Deal für die Afrika-EU Beziehungen bedeutet

von Maximilian Högl, Christine Hackenesch und Gabriela Iacobuta,
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)



Die aktuelle Kolumne

vom 28.09.2020

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



In ihrer Rede zur Lage der Union bekräftigte Ursula von der Leyen kürzlich die Bedeutung des europäischen Green Deal als Aushängeschild der neuen EU-Kommission. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 sei Europas „Mann-auf-dem-Mond-Moment“ – ein ambitioniertes Projekt, das die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften grundlegend verändern und das Bild Europas für die kommenden Jahrzehnte prägen könne. In Brüssel wird der Green Deal vor allem als europäisches Projekt diskutiert. Die EU kann ihre Ziele jedoch nur erreichen, wenn sie starke internationale Partnerschaften aufbaut, die dazu beitragen, nachhaltige Handelsbeziehungen und grüne Transitionen global zu fördern. Die Partnerschaft mit Afrika ist dabei maßgeblich wichtig. Wir diskutieren drei Bereiche, in denen der Green Deal für Afrika-EU Beziehungen besonders relevant ist.

Erstens ist Zusammenarbeit bei der Energiewende zentral. Dies spiegelt sich auch in der „Umfassenden Strategie mit Afrika“ der EU Kommission wider. Afrika ist der Kontinent mit dem weltweit schlechtesten Energiezugang; die unzuverlässigen Netze kosten den Kontinent jährlich schätzungsweise etwa zwei bis vier Prozent des BIP. Gleichzeitig verfügen afrikanische Länder über ein enormes Potenzial für erneuerbare Energien, die vielerorts bereits wettbewerbsfähig oder sogar günstiger sind als Kohle. Erneuerbare Energien können abgelegene Gemeinden versorgen und die Bewässerung in der Landwirtschaft erleichtern. Langfristig könnten afrikanische Länder grüne Energie nach Europa exportieren. Allerdings sind einige afrikanische Länder wie Südafrika oder Nigeria in hohem Maße von fossilen Brennstoffen abhängig. Die Energiewende stellt daher eine doppelte Herausforderung dar: Einerseits muss der Zugang zu erneuerbaren Energien verbessert werden. Andererseits müssen Herausforderungen bewältigt werden, die mit dem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen einhergehen, wie Arbeitsplatzverluste und „gestrandete Vermögenswerte“. Der Umstieg auf erneuerbare Energien wurde in der Vergangenheit durch internationale öffentliche Gelder nicht genug gefördert (2014-2016 flossen 60 Prozent der Mittel in fossile Brennstoffe). Die EU sollte hier über effektive Standards nachdenken und Investitionen des Privatsektors in Afrikas nachhaltige Energien stärker unterstützen.

„Die EU kann ihre Ziele jedoch nur erreichen, wenn sie starke internationale Partnerschaften aufbaut, die dazu beitragen, nachhaltige Handelsbeziehungen und grüne Transitionen global zu fördern.“

Zweitens müssen Handelsbeziehungen umgestaltet und eine Kreislaufwirtschaft entwickelt werden. Gegenwärtig bestehen afrikanische Exporte in die EU zu 46,5 Prozent aus fossilen

Brennstoffen. Eine geringere Nachfrage und ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus wird, falls er umgesetzt wird, negative Auswirkungen auf den Handel haben. Um die Auswirkungen auf die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) zu minimieren, sollte die EU diese Länder von einem Grenzausgleichsmechanismus ausnehmen. Durch den Green Deal eröffnen sich auch neue Handelsmöglichkeiten. Rohstoffe wie Kobalt (Vorkommen in der Demokratischen Republik Kongo und Madagaskar) und Lithium (Simbabwe) sind für die Elektromobilität und andere grüne Technologien zentral. Importe dieser Materialien müssen angemessene Sozial- und Umweltstandards und eine faire Wertschöpfung vor Ort garantieren. Darüber hinaus kann eine gemeinsame Kreislaufwirtschaft nachhaltige Handelsbeziehungen fördern. Die EU exportiert immer noch Teile ihres Abfalls – insbesondere Elektroschrott – nach Afrika. Da sich die EU im Green Deal zu einem ethisch verantwortlichen Abfallmanagement verpflichtet hat, sollte sie sich mit afrikanischen Partnern auf eine gerechte Neufassung der Abfallexportbestimmungen verständigen und die Errichtung von umwelt- und sozialverträglichen Wiederaufbereitungs- und Recyclinganlagen finanzieren, die in den lokalen Ökonomien einen Mehrwert bringen.

Drittens ist mehr Resilienz und nachhaltige Transformation in der Landwirtschaft erforderlich. Derzeit fehlt im Green Deal ein Bezug zu Anpassung an den Klimawandel in afrikanischen Ländern. Es ist wichtig, dass die EU dies zu einem wesentlichen Aspekt in ihren Beziehungen mit afrikanischen Ländern macht. Die Landwirtschaft ist besonders stark vom Klimawandel betroffen, und etwa 60 Prozent der Afrikaner*innen arbeiten in diesem Sektor. Eine aktuelle Studie zeigt, dass 2018 weniger als ein Drittel der von den EU-Institutionen ausgewiesenen Klimafinanzierung in die Anpassung an den Klimawandel floss und LDCs nur 14 Prozent der gesamten Klimafinanzierung erhielten. Die EU muss hier nachbessern, um ihr international vereinbartes Finanzierungsziel zu erreichen.

Mit dem Green Deal will die EU eine globale Führungsrolle beim Klimaschutz übernehmen. Doch internationale Partnerschaften müssen über klassische Klimapolitik hinausgehen und neue Formen der Zusammenarbeit bei der Energiewende oder der Kreislaufwirtschaft einschließen. Die EU und die AU diskutieren grüne Transitionen aus sehr unterschiedlichen Blickwinkeln. Während die gesellschaftliche Mobilisierung für Klimaschutz in der EU hoch ist, räumen afrikanische Länder der Anpassung und sozioökonomischen Fragen, wie der Schaffung von Arbeitsplätzen, Priorität ein. Ein europäisch-afrikanischer Dialog über grüne Transitionen muss diese Unterschiede anerkennen und Kooperationsformen finden, die für beide Seiten gewinnbringend sind.